



Liebe Leserinnen und Leser,

soziale Gerechtigkeit ist das Thema unserer Zeit. Für mich bedeutet das vor allem, den Menschen soziale Sicherheit zu geben. Darum geht es, wenn Martin Schulz und die SPD über Bürgerversicherung, Rentenkonzepte und gute Arbeit reden.

Vieles kann nur auf Bundesebene geändert werden. Wenn es aber um gute Arbeit geht, dann sollen unsere Verwaltungen und Landesunternehmen Vorbild sein. Deswegen werden wir nach den notwendigen Jahren des Sparens die Löhne im öffentlichen Dienst bis 2021 wieder an den Bundesdurchschnitt anpassen.

Genauso wichtig ist es, Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in kommunaler Hand zu halten. Zum Beispiel bei der Charité: Wir werden das CFM-Servicepersonal in eine 100%-ige kommunale Tochter zurückholen und in einem ersten Schritt die Löhne auf 11 Euro anheben. Ab 2019 ist die CFM wieder kommunal und wir wollen schrittweise zu branchenüblichen Tarifen kommen.

Dieser Senat steht für gute Arbeit. Das haben wir versprochen. Das halten wir.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Zwei der bekanntesten Gesichter im Bezirk: Matthias Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, und Jürgen Hilbrecht, Hauptmann von Köpenick

Im Gespräch: Schmidt und Hilbrecht

Der Bundestagsabgeordnete und der Hauptmann von Köpenick trafen sich

Treptow-Köpenick hat mehr als eine Viertelmillion Gesichter. Zu den bekanntesten zählen Matthias Schmidt als Mitglied des Bundestages und Jürgen Hilbrecht - besser bekannt als Hauptmann von Köpenick. Wir trafen beide zum Gespräch im Jahr 111 nach der Köpenickiaide, im Jahr der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag. Beide gaben Einblicke in ihren Alltag und verrietten Pläne für die Zukunft.

Identifikation und Identität

Herr Schmidt, Herr Hilbrecht, Sie sind bekannte Köpfe des Bezirks. Wie charakterisieren Sie sich selbst?
Schmidt: Politiker, die ein

Mandat ausüben, verstehen sich als Parlamentarier. Parlament kommt von parlare – reden. Kommunizieren, um Kompromisse und Lösungen zu finden. Das ist das Wesen der parlamentarischen Demokratie. Ich sehe mich in meiner Arbeit im Wahlkreis aber immer in erster Linie als Zuhörer und erst dann als Redner.

Hilbrecht: Ich bin ein manchmal sogar zu leidenschaftlicher Künstler, immer mit Engagement für das gesteckte Ziel, dabei oft selbstzweifelnd ob der Richtigkeit bei der Wahl der Mittel. Manchmal sogar über das Ziel hinausschießend aber immer mit Engagement – um mit meiner Kunst anderen eine hohe Freude zu bereiten.

Beruf und Berufung

Mit eher ungewöhnlichen Aufgaben setzt sich jeder von Ihnen für den Bezirk ein. Würden Sie Ihre Tätigkeit eher als Beruf oder eher als Berufung verstehen?

Schmidt: Meine Arbeit betrachte ich heute gleichermaßen als Beruf und Berufung. Diese Kombination ist nicht selbstverständlich, aber in meinem Fall Motor meiner Arbeit.

Hilbrecht: Ein Schauspieler, will er ernst genommen werden, macht nie einen „Job“, sondern übt immer mit Freude und Leidenschaft seinen mühselig erarbeiteten Beruf aus. Was so leicht und locker rüberkommt, ist meistens sehr

hart mit schauspielerischem Handwerk erarbeitet worden. Hat er es dann gepackt, überträgt sich seine Freude am Spiel auf die Zuschauer, und das ist höchster Lohn.

Erfolge und Enttäuschungen

Was empfinden Sie als Ihre größten Erfolge? Und – Hand aufs Herz – welche Misserfolge oder Enttäuschungen müssen Sie sich eingestehen?

Schmidt: Auf einiges bin ich stolz – als meine ganz persönliche Erfolgsbilanz aus vier Jahren Arbeit im Bundestag: Ich konnte Bundesmittel einwerben für das Strandbad Müggelsee und die VHS und Kirche in Baumschulenweg sowie für die Förderung des

Dokumentationszentrums Zwangsarbeit. Die Stärkung von Sport und Ehrenamt ist uns gelungen, ebenso Mindestlohn, Rentenanpassung und Bund-Länder-Finanzausgleich. Wo Licht ist, ist auch Schatten: Ich hätte gern noch die Weichen für die Sanierung der Regattatribüne Grünau gestellt. Das NPD-Verbotverfahren ist gescheitert, der Regionalbahnhof Köpenick kommt später als erhofft. Es gab auch persönliche Anfeindungen. Manche stecke ich gut weg, aber wenn diese auf mein Team oder meine Familie abzielen, hört der Spaß auf. Zum Glück ist das die Ausnahme.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR BRIEFWAHL

Ab dem 14. August werden die Wahlbenachrichtigungskarten für die Bundestagswahl verschickt. Auf der Kartentrückseite befindet sich der Antrag zur Wahl per Brief. Auch online kann dieser bei den Bezirkswahlämtern gestellt werden. Doch was gibt es bei der Briefwahl überhaupt zu beachten?

Muss ich einen Grund für die Briefwahl angeben?
Nein.

Wie viele Stimmen habe ich?

Zwei. Auf der linken Seite des Stimmzettels wählen Sie mit der Erststimme einen Direktkandidaten aus Ihrem Wahlkreis. Rechts kreuzen Sie mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei an und bestimmen so das Kräfteverhältnis im Bundestag.

Und dann?

Nach erfolgter Wahl kommt der Stimmzettel in den blauen Umschlag. Danach unbedingt die eidesstattliche Erklärung unterschreiben (Ort und Datum nicht vergessen). Blauer Umschlag und Wahlschein kommen in den roten Umschlag. Der Brief muss innerhalb Deutschlands nicht frankiert werden.

Kann ich aus dem Ausland per Brief wählen?

Ja, hier muss der Brief ausreichend frankiert sein und spätestens am 24. September um 18 Uhr beim zuständigen Bezirkswahlamt vorliegen. Am besten per Luftpost versenden.

Gerechtigkeit. Zukunft. Europa.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vieles läuft gut in unserem Land und das verdanken wir den Menschen, die sich reinhängen und die sich engagieren. Dafür haben sie Respekt verdient, egal ob sie Busse fahren, auf unsere Kinder aufpassen oder uns medizinisch versorgen. Nicht immer geht es gerecht zu – und das wollen wir ändern!

Gerechtigkeit zu schaffen, heißt Politik zu machen, die bei den Menschen ankommt. Mir ist es wichtig, dass wir die zentralen Fragen unserer Zeit endlich

mutig anpacken! Dass wir gerechte Bildungschancen schaffen und den Wandel im Alltag und in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung zu einem Erfolg machen. Dass wir die Rente sichern, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten.

Die SPD hat ein umfangreiches Regierungsprogramm verabschiedet. Wir liefern Lösungen, Vorschläge, Ideen. Das unterscheidet uns von so manch anderer Partei, die für sich einen Regierungsanspruch erhebt, aber in Wirklichkeit seit Jahren nur den Status quo verwaltet.



Foto: Benno Kraehahn

Lassen Sie uns anspruchsvoll sein. Lassen sie uns investieren: in Schulen, Straßen, Forschung, schnelles Internet und in neue Wohnungen. Es geht auch

um unsere Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Unsere Kinder haben ein gutes Leben in Sicherheit verdient – mit einer sauberen Umwelt, einer lebendigen Demokratie und mit Perspektiven für ihr eigenes Leben.

Lassen Sie uns gemeinsam für mehr Gerechtigkeit sorgen, die Zukunft gestalten und für ein besseres Europa kämpfen.

Ihr Martin Schulz

Das Regierungsprogramm der SPD finden Sie auf www.spd.de/programm

IN DIESER AUSGABE

STOLPERSTEIN FÜR PAUL WEGMANN

Erster Stolperstein in Bohnsdorf in Gedenken an den Sozialdemokraten und Gewerkschafter
Seite 2

S-BHF. SCHÖNEWEIDE

Den S-Bhf. Schöneeweide während der Bauzeit zugänglich halten
Seite 7

BOHNSDORFER KREISEL

BVV beschließt den Einwohnerantrag zur Verkehrsführung
Seite 8

ANKÜNDIGUNG

LESUNG

14. Juli 2017 um 19.30 Uhr
„Das Wunder von Berlin“
Lesung mit Matthias
Schmidt (MdB) und Irina
Vogt

Aus dem gleichnamigen
Buch von Daniel James
Brown

Eintritt frei!

Neun junge Männer aus
der amerikanischen Pro-
vinz machen sich 1936
auf den Weg nach Ber-
lin, um die Goldmedaille
im Rudern zu gewinnen,
eine Geschichte mit un-
wahrscheinlichem Aus-
gang beginnt.

Ort: pier36eins (USE)
Wassersportallee 2, 12527
Berlin

Im Rahmen der Reihe
Literatur trifft Politik der
AG Kultur SPD Treptow-Köpenick.

TERMINE

SPRECHSTUNDEN DER
SPD-POLITIKER

Lars Düsterhöft

Mitglied des Abgeord-
netenhauses für Ober-,
Niederschöneweide und
Johannisthal

10., 17. und 24. Juli 2017
14.30 bis 17.30 Uhr
in der AnsprechBar, Sie-
mensstr. 15, 12459 Berlin

Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordne-
tenhauses für Altstadt/
Kietz, Allende-Viertel,
Wendenschloss, Müggel-
heim

18. Juli 2017
9.30 bis 10.30 Uhr
in der Begegnungsstätte
Allende II, Alfred-Randt-
Straße 42

26. Juli 2017,
19.00 bis 20.00 Uhr
Dorfclub Müggelheim,
Alt-Müggelheim 21

Oliver Igel

Bezirksbürgermeister
19. Juli 2017
10.30 bis 12.00 Uhr
im Rathaus Köpenick,
Zimmer 173

Rainer Hölmer

Bezirksstadtrat
19. Juli 2017
15.00 bis 17.00 Uhr
im Rathaus Köpenick,
Zimmer 165
Bitte vorher tel. anmelden
unter 030-90297 2202

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt

Wissenswertes aus Berlin
und den Bezirken
(Seite 1 unten, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:

SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Annett Seltz (V.i.S.d.P.),
Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:

Christina Bauermeister, David Hiller,
Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Spreekurier - Treptow-Köpenick
(Seiten 1 oben und 2)

Herausgeber:

SPD Treptow-Köpenick,
Grünauer Straße 8, 12557 Berlin
Kontakt: buero@spd-tk.de
www.spd-tk.de
V.i.S.d.P.: Oliver Igel (Kreisvorsitzender)

Auflage: 95.000

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
Oliver Igel, André Rostalski, Gabriele Schmitz,
Raif Thies, Karin Zehner

Rätselestellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel, Charly Hall
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Autobahnen bleiben in staatlicher Hand

Wer auf Autobahnen und Bundesstraßen unterwegs ist erkennt sofort, was mit dem Wort Investitionsstau gemeint ist: Allein 90 Mrd. Euro beträgt der Rückstand bei den Investitionen in Straßen und Brücken.

Die SPD hat nun einige Neuregelungen für eine gute öffentliche Infrastruktur im Bundestag durchgesetzt.

Der Bund trägt künftig mehr Verantwortung für die Sanierung von Straßen und Brücken. Dazu wurde eine Infrastrukturgesellschaft gegründet – die konfliktbehafte Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern wird aufgehoben und es gibt klare Verantwortung bei der Bundesautobahngesellschaft. So kann der Bund besser als bisher Planung, Organisation und Instandhaltung von Ver-



Matthias Schmidt bei einer Rede im Deutschen Bundestag

Foto: Sven Ullrich

kehrsinfrastruktur übernehmen. Länder und Kommunen werden damit entlastet und der Investitionsstau kann schneller abgebaut werden.

Der ursprüngliche CDU/CSU-Vorschlag zur Bundesautobahngesellschaft hätte eine Privatisierung der Autobahnen ermöglicht. Dazu gab

es harte Kritik von der SPD, von Gewerkschaften und vom Bundesrechnungshof. Dieser Plan wurde erfolgreich verhindert. Die Bundesstraßen und Bundesautobahnen behalten ihren Namen zu Recht und bleiben zu 100% Eigentum des Staates. Die Gesellschaft wird zwar aus

organisatorischen Gründen als GmbH gegründet, private Anteilseigner wie auch Kreditgeber werden ausgeschlossen. Ersteres wird sogar im Grundgesetz festgeschrieben.

Geld erhält die Gesellschaft ausschließlich aus dem Bundeshaushalt. Kontrolliert wird sie durch den unabhängigen Bundesrechnungshof. Das bedeutet auch bessere Kontrollmöglichkeiten für das Parlament als bisher. Die Gesellschaft darf zehn regionale Tochtergesellschaften gründen, die den gleichen Regelungen unterliegen.

Darüber hinaus hat die SPD die Hürden für öffentlich-private Partnerprojekte (ÖPP oder PPP) hochgelegt. Sie sind nur noch zugelassen, wenn sie wirtschaftlicher sind als der öffentliche Bau und Betrieb. Auch die schrittwei-

se Zusammenführung von ÖPP-Teilen wurde ausgeschlossen. Diese dürfen maximal 100 Kilometer lang sein und müssen getrennt bleiben. Letzteres war für die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion entscheidend.

Im Entwurf der Unionsfraktion waren darüber hinaus arbeitnehmerfeindliche Positionen enthalten. SPD-Fraktion und Ver.di haben Hand in Hand gearbeitet, um Verbesserungen für die knapp 11.000 Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen zu erreichen. Gemeinsam wurde der Erhalt der Tarifautonomie erreicht, die von den Ministern Schäuble und Dörning vorgesehenen Angriffe wurden abgewehrt. Die Mitbestimmung wurde gestärkt. Das war die Kernforderung der Gewerkschaften.

Fortsetzung des Artikels von Seite 1

Im Gespräch:
Schmidt und Hilbrecht

Hilbrecht: Ich kam 1990 mit der Absicht in den Bezirk, Kultur in Verbindung mit Tourismus aufzubauen. Das ist mir, so wie ich es von meinen Zuschauern immer wieder erfahre, wohl gelungen.

Ein Theaterstück, geschrieben zusammen mit John Stave, ehemaliger Autor im „Eulenspiegel“, über den Hauptmann von Köpenick – Coup 1906, sollte 40 Jahre lang, so mein damaliger Slogan, auf den Brettern eines Köpenicker Theaters für die Touristen laufen. Das konnte ich nicht einlösen, was sehr schade ist. Trotzdem habe ich in der Figur des Hauptmanns bisher wohl über 3.300 Veranstaltungen allein in Köpenick absolviert. Und – das – ist – gut – so!

Projekte und
Perspektiven

Was haben Sie sich denn für die nächsten Jahre vorgenommen? Welche Perspektiven sehen Sie für sich?

Schmidt: Ich möchte meine Arbeit für Treptow-Köpenick im Bundestag fortsetzen. Es gibt noch einige offene Baustellen, die ich zum Teil schon genannt habe. Da will ich am Ball bleiben und weiter Bretter bohren. Der Umbau des Bahnhofs Schöneweide kommt dazu; ein kurzer Draht zur Deutschen Bahn kann da hilfreich sein. Ich bringe mich intensiv ein und habe dabei immer die Bedürfnisse der Menschen in Treptow-Köpenick im Hinterkopf.

Hilbrecht: „Die Blätter fallen von den Bäumen – und mein Herbst ist kommen“ lässt Schiller seinen Karl Moor sagen. Auch ich weiß um die Unausweichlichkeit. Aus diesem Grunde wünsche ich mir von ganzem Herzen, dass in kameradschaftlicher Zusammenarbeit von Amt, Tourismusverein und mir mit meinem Verein die Installation einer „Hauptmann von Köpenick – Bühne“ gelingen möchte, die sich im Zusammenwirken mit anderen Mitstreitern voll dem Thema Hauptmann widmet. Das aber nicht in Ulk oder reiner Feierabendseligkeit, sondern mit dem gebotenen Respekt vor Carl Zuckmayer und seinem Anliegen bei der Behandlung dieses Stoffes.

Danke für das Gespräch!

KLARTEXT

MitarbeiterInnen
gesucht

Jahrelang musste man Monat für Monat traurig auf Zahlen aus Nürnberg schauen. Aus dieser Stadt wurden von der Agentur für Arbeit die neuesten Zahlen zu den Arbeitslosen in Deutschland gemeldet. Hinter jeder Zahl steckte ein Mensch, eine Familie. Ohne Arbeit kein ordentliches Einkommen und kaum eine Perspektive für sich und die Angehörigen.

Unabhängig davon, wie man zu Statistiken steht – inzwischen sind die Zahlen deutlich erfreulicher. Und das ist spürbar. Unser Bezirk Treptow-Köpenick hat es in diesem Jahr mehrere Monate hintereinander geschafft, berlinweit die niedrigste Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Sie liegt im Monat Mai bei 6,7 Prozent. Die höchste Arbeitslosigkeit herrscht mit 12,6 Prozent in Neukölln (gefolgt von Spandau mit 10,6 Prozent und Reinickendorf mit 10,4 Prozent). Berlinweit liegt die Quote bei 8,9 Prozent. An dieser Stelle werden viele den Finger erheben und darauf verweisen, dass ja gar nicht alle in der Statistik erfasst sind. Darüber kann man sich trefflich streiten, doch das erklärt nicht, warum es in einem Bezirk besser läuft und in anderen nicht. Und auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gestiegen. Die Statistik ist keine Auf-

forderung für uns, nichts mehr zu tun. Ganz im Gegenteil: ich will, dass jeder nicht nur eine Arbeit hat, sondern von dieser Tätigkeit auch leben kann. Da ist mit dem Mindestlohn ein wichtiger Schritt getan, aber eben nur ein Schritt.

Wichtig ist vor allem: kein Mensch darf verloren gegeben werden – so das Gefühl gerade von vielen älteren Menschen. Wir brauchen jede Hand, jeder Kraft, ganz egal ob jemand 20, 40 oder 60 ist. Inzwischen ist es so, dass qualifizierte Arbeitskräfte dringend gesucht werden. Unternehmen müssen kreativ sein, um an BewerberInnen zu gelangen. Es gibt einen Wettbewerb um qualifizierte Kräfte. Das ist ganz anders als vor 15 Jahren, als wir bei Unternehmen darum betteln mussten, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wir sind den richtigen Weg in Treptow-Köpenick gegangen. Wir haben Unternehmensansiedlungen ermöglicht. Wir haben Ausbildung gefördert und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Wir haben die Schulen gut ausgestattet, um Jugendliche fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Wir werben dafür, dass sich junge Menschen nach Studium und Ausbildung eine eigene Existenz gründen und beraten hierfür. Und wir setzen darauf, dass diese Unternehmen bei uns im Bezirk gegründet und etabliert werden. Die Statistik ist dafür ein kleines Erfolgserlebnis, aber nichts zum Ausruhen. Kein Mensch soll zurückbleiben.

Ihr

Oliver Igel
Bezirksbürgermeister

Erster Stolperstein in Bohnsdorf erinnert an Paul Wegmann

Der erste Stolperstein im Ortsteil Bohnsdorf wurde im Juni 2017 für den Sozialdemokraten und Gewerkschafter Paul Wegmann (* 17.09.1889 in Ronsdorf, † 3. April 1945 in Bergen-Belsen) vor seinem letzten Wohnort in der Dahmestraße 69 verlegt. Weit über 70 Personen waren gekommen. Wegmann war zudem ein engagierter Jugendpfeiler, einer der Aktivisten der Revolution 1918, wichtiges Mitglied im Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins und 1992-24 Reichstagsabgeordneter für die USPD. Sein Leidensweg begann mit der Machtübernahme Hitlers. Die Tochter Weg-



Foto: André Rostalski

manns Annelore Rinnert hielt zur Stolpersteinlegung eine ergreifende Rede und zitierte dabei drei Aussprüche ihres pazifistischen Vaters, die bezeugen, dass er seiner Zeit weit voraus war: „So lange gesprochen

wird, wird nicht mit Waffen gekämpft!“, „Wer Waffen produziert, weiß, dass sie benutzt werden!“ und 1933: „Wenn Hitler diese Wahl gewinnt, bedeutet das Krieg, ein Krieg, den wir verlieren werden!“.

„Damit die Enkel ooch noch wat kriegen“

Ein Gespräch zweier Generationen über die Rente

Die Pankowerin Irmgard Schneider* (78) hat mit 14 Jahren ihre Ausbildung bei der DDR-Post angefangen, danach „durchjeackert“, bis sie 1999 mit 60 in Rente ging. Das Niveau ihrer Rente betrug damals ca. 50 Prozent ihres Verdienstes.

Ihr Enkel David H. (27) hat gerade seinen Job nach der Uni angefangen und würde nach geltendem Recht bei seinem Renteneintritt in 40 Jahren nur gut 40 Prozent seines Verdienstes bekommen.

Ein Gespräch über Renten-gerechtigkeit.



Wie sieht die Rente der Zukunft aus? David im Gespräch mit seiner Oma.

Foto: Christina Bauermeister

SB: Finden Sie das jetzige Rentensystem gerecht?

Irmgard Schneider: Nein. Die heutige Generation hat doch gar nicht mehr die Chance, 40 Jahre in einem Beruf zu bleiben.

David H.: Das stimmt. Meine Generation hat mehr Unterbrechungen im Arbeitsleben, etwa durch die Suche nach dem ersten Job nach dem Uniabschluss, befristete Arbeitsverträge oder weil man einfach mal eine Auszeit braucht. Das schlägt sich natürlich später in der Rentenhöhe nieder.

SB: Die SPD will die Rente wieder verlässlich machen – mit einem gesicherten Rentenniveau von 48 Prozent und einer Begrenzung des Rentenbeitragssatzes auf max. 22 Prozent. Halten Sie das für eine gute Lösung?

Irmgard: Das Konzept ist schon gut durchdacht. Aber lässt sich das auch finanzieren?

David: Wenn in gut zehn Jahren die „Babyboomer“ in Rente gehen, verändert sich das Verhältnis von Renteneinküfern und Beitragszahlern deutlich. Die SPD

will diese „Lücke“ durch einen steuerfinanzierten Zuschuss schließen. Das macht Sinn. Keinen Sinn machen für mich immer höhere Beiträge, so dass vom Lohn kaum noch etwas übrig bleibt.

Irmgard: Gerade diejenigen, die kein großes Einkommen haben, sind auf eine verlässliche und auskömmliche staatliche Rente angewiesen. Mein anderer Enkel ist Pfleger und hat zwei Kinder. Er kann gar nicht nebenher noch privat vorsorgen.

SB: In der Union wird ge-

rade über die Rente mit 70 nachgedacht ...

Irmgard: Das ist für mich Spinnerei. Das ist gar nicht möglich. Die Menschen sind so ausgepowert und zwar nicht nur jene, die schwer körperlich arbeiten müssen.

David: Zu den Veränderungen in der Arbeitswelt gehört auch zunehmender Druck und Stress. Eine Rente mit 70 finde ich deshalb ziemlich utopisch.

SB: Können Sie junge Leute verstehen, die sagen, dass sie kein Vertrauen mehr in die Rente haben?

Irmgard: Das kann ich nachvollziehen. Ich komme mit meiner Rente von 1.500 Euro monatlich sehr gut aus. Meine drei Enkel wissen ja nicht mehr, ob sie am Ende überhaupt noch etwas kriegen.

David: Ich selbst habe das Vertrauen in die staatliche Rente verloren. Ich würde mir das Konzept der SPD wünschen. Dann würde ich die Abzüge auf dem Lohnschein für die Rente wieder positiver wahrnehmen. Natürlich wäre ein höheres Rentenniveau als 48 Prozent

wünschenswert, aber dann wird es mit der Finanzierung schwierig. Heute finanziere ich – bildlich gesprochen – zusammen mit meinem Cousin Omas Rente.

Irmgard (unterbricht): Die habe ich mir alleine verdient.

David (lacht): In Zukunft wird sich das Verhältnis komplett umdrehen. 2040 wird jeder Dritte in Deutschland selbst Rentner sein.

CB

* Name geändert

DAS RENTENKONZEPT DER SPD KURZGEFASST:

- **Garantiertes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent bis 2030**
- **Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent bis 2030**
- **Mit dem steuerfinanzierten Demografiezuschuss werden auch höhere Einkommen angemessen an der Finanzierung beteiligt.**
- **Einführung einer gesetzlichen Solidarrente für langjährig Beschäftigte (35 Beitragsjahre oder länger), die 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundversicherungsanspruch am Wohnort liegt**
- **Einbeziehung bisher nicht versicherter Selbstständiger**

„Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit“

Innensenator Andreas Geisel im Stadtblatt-Interview zur inneren Sicherheit

SB: Herr Geisel, wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Themen Sicherheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden?

Andreas Geisel: Beide Themen sind eng miteinander verbunden. Sicherheit darf niemals nur eine Sache für einige Wenige sein, die sie sich leisten können. Der Staat hat die Aufgabe, alle zu schützen – unabhängig vom Einkommen. Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit.

Die SPD will in der aufgeheizten Debatte zur inneren Sicherheit die Stimme der Vernunft sein und fordert Sicherheit mit Außenmaß. Die Union fordert vor allem härtere Gesetze, gerade bei den Themen Terrorabwehr und Videoüberwachung. Gewinnt am Ende derjenige, der lauter schreit?

Am Ende gewinnt immer die Vernunft. Nach jedem Anschlag wird reflexhaft nach „Mehr“ gerufen: Mehr Härte, Mehr Gesetze, Mehr Videoüberwachung. Ich plädiere dafür, nicht immer nur nach Mehr zu rufen, sondern vor allem nach dem „Wie“ zu fragen. Wie schaffen wir es, in Zeiten des



Innensenator Andreas Geisel

Foto: SenInnSport / Bernhardt Link - Farbtonwerk

Terrors eine Sicherheitspolitik zu machen, die uns schützt und uns gleichzeitig nicht die Luft zum Atmen nimmt. Sicherheit mit Außenmaß trifft es ganz genau.

Bundesweit sollen laut SPD-Wahlprogramm 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern geschaffen werden. Würde diese Aufstockung helfen, um die Präsenz der Polizei etwa in den Berliner Wohnquartieren wieder zu erhöhen?

Ja, auf jeden Fall. Ganz klar brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten. Gerade in einer wachsenden

Stadt wie Berlin. Und auch genau da, wo die Menschen sie brauchen: Als Ansprechpartner in den Kiezen. Wir sind gerade in den Haushaltsberatungen, um einen Ausbau der Polizei auch finanziell abzusichern. Ich bin da guter Dinge, dass uns das auch gelingt.

Zugenommen hat in Berlin laut Kriminalitätsstatistik vor allem die Kriminalität in Bussen und Bahnen. Was tut der Senat dagegen?

Richtig ist: Straftaten nahmen im ÖPNV im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr zu. Das lag insbesondere an der

Steigerung beim Taschendiebstahl. Allerdings, und das ist die gute Nachricht, sanken die Delikte mit Gewaltcharakter. Dieser Trend soll sich fortsetzen. Ich setze hier große Hoffnung auf die von mir wieder ins Leben gerufenen gemeinsamen Streifen von BVG und Polizei.

Beim Thema Videoüberwachung werden oft die Argumente einer besseren Aufklärung und Verfolgung von Straftaten gegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte ausgespielt. Welchen Weg geht Berlin in dieser Frage?

Berlin wird temporär und anlassbezogen Videoüberwachung einsetzen. Das heißt, dass wir nicht die gesamte Stadt mit Videokameras überziehen werden, sondern dort, wo es notwendig ist. Wir haben das beim Kirchentag getan, als Hunderttausende auf den Plätzen in Berlin unterwegs waren. Dort war es richtig und angemessen. Nehmen Sie London – die vermutlich bestüberwachte Stadt der Welt – ist nicht sicherer geworden.

Fragen: C. Bauermeister

Stichwort: Bürgerversicherung

Für Gesundheit und Pflege soll es künftig eine Bürgerversicherung für alle geben. Das fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm. Doch was bedeutet das?

Warum ist eine neue Versicherung nötig?

Gesetzlich Versicherte und privat Versicherte werden heute unterschiedlich behandelt. Die Bürgerversicherung beendet diese Zweiklassen-Medizin. Bislang nimmt die private Krankenversicherung vor allem jüngere, gesunde Versicherte mit höheren Einkommen auf und kann ihnen deshalb niedrigere Beiträge bieten. Das ist kein solidarischeres System. In der Bürgerversicherung sind alle Mitglied, egal ob angestellt, verbeamtet oder selbständig. Alle werden gleichbehandelt. Ärzte erhalten für jeden Patienten die gleiche Vergütung. Die Kosten werden wieder paritätisch zwischen Versicherten und Arbeitgebern aufgeteilt, der Zusatzbeitrag für Versicherte entfällt.

Was muss ich tun, um in die Bürgerversicherung aufgenommen zu werden?

Wer gesetzlich versichert ist, kommt automatisch in die Bürgerversicherung. Für Beamtinnen und Beamte wird ein spezieller Tarif ge-

schaffen, um die bisherige Beihilferegelung fortzuführen. Alternativ dazu können auch öffentliche Arbeitgeber künftig die Hälfte des Kassenbeitrags zahlen. Privat Versicherte können freiwillig in die Bürgerversicherung wechseln.

Wird die Bürgerversicherung für mich teurer?

Die Bürgerversicherung entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Geringverdiener durch niedrigere Beitragssätze. Das wird möglich, weil bislang privat Versicherte mit höheren Einkommen dann in die Bürgerversicherung einzahlen. Zusätzlich werden andere Einkünfte – etwa hohe Zinseinnahmen oder Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit – beitragspflichtig. Ehegatten und Kinder ohne eigenes Einkommen sind in der Bürgerversicherung kostenfrei mitversichert.

Die SPD regiert doch mit. Warum hat sie das nicht längst umgesetzt?

Die SPD konnte als Juniorpartner in der Großen Koalition in den Verhandlungen nur einen Teil ihrer Ziele durchsetzen. Die Bürgerversicherung scheiterte am Widerstand der CDU.

U. Horb

MELDUNGEN

**PREISWERTE
WOHNUNGEN
AUF DEM
DRAGONER AREAL**

Mit dem neuen Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Senat erhält Berlin vom Bund ab 2018 jährlich 50 Millionen Euro mehr für die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und Kultur.

In dem Vertrag verständigen sich Berlin und der Bund zudem auf den Tausch wichtiger Immobilien. Unter anderem geht das Kreuzberger Dragoner Areal am U-Bahnhof Mehringdamm in den Besitz Berlins über. Damit ist eine Privatisierung des 47.000 Quadratmeter großen Grundstücks vom Senat abgewendet worden. Stattdessen sollen dort nun vor allem preiswerte Wohnungen entstehen.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) sagte, Berlin plane 500 bis 800 Wohnungen auf dem Areal. Zwischen 30 und 50 Prozent der Unterkünfte sollen Sozialwohnungen werden. Dazu der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Das ist von besonderer Bedeutung, da der Berliner Senat damit sein festgelegtes Ziel, der Entwicklung preisgünstigen Wohnens und Arbeitens an diesem Standort, verwirklichen kann.“

**KEINE
EXTRA-GEBÜHREN
IN KITAS**

Ab 2018 ist der Kita-Besuch für alle Altersgruppen an Berlins Kitas gebührenfrei. Dennoch ist es in vielen Kitas mittlerweile üblich, dass Eltern – etwa für zusätzliche Sprach- oder Sportangebote – Zuzahlungen leisten.

„Diese Fehlentwicklung will ich nicht hinnehmen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Kita-System, bei dem die finanziell Schwachen das Nachsehen haben“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Deshalb plant sie eine Änderung des Kinderförderungsgesetzes.

Konkret sollen für die Zuzahlungen Obergrenzen festgelegt werden. Außerdem sollen die Träger verpflichtet werden, zuzahlungspflichtige Angebote zu melden. Das bedeute nicht, dass nun alle Zusatzangebote in Kitas verboten würden, stellt Scheeres klar. Auch in Zukunft darf es Angebote von Dritten in Kitas geben. Die Voraussetzung ist immer, dass Eltern dies wünschen.

Schluss mit dem Lärm Berlin als smarte Stadt

Ein NEIN beim Volksentscheid zu Tegel entlastet 300.000 Menschen von Lärm und Schmutz



Ein Airbus kurz vor der Landung in Tegel; aufgenommen in der Nordlichtstraße.

Foto: Christina Bauermeister

Daniela Zielinski steht am Gartenzaun ihres Einfamilienhauses in der Nordlichtstraße in Berlin-Reinickendorf und versteht ihr eigenes Wort nicht. Gerade ist wieder ein Flugzeug in weniger als 50 Metern Höhe mit knapp 200 Stundenkilometern über die Siedlung gerauscht. Nur wenige Meter sind es von der Nordlichtstraße bis zur Landebahn des Flughafens Tegel.

Der Lärmpegel, den das Flugzeug verursacht, steigt zeitweise auf mehr als 90 Dezibel. Das entspricht der Lautstärke eines Benzinrasenmähers aus zwei Metern Entfernung. „Zumindest fliegen die Flugzeuge nicht direkt über unser Haus“, sagt Daniela Zielinski, die einen zweijährigen Sohn hat. Spielt der Junge draußen im Sand-

kasten, sieht er die Flieger knapp über die Nachbardächer rauschen.

Als Daniela Zielinski zusammen mit ihrem Mann vor zehn Jahren in die direkte Nachbarschaft des Flughafens zog, taten sie dies in der Erwartung, dass Tegel in naher Zukunft schließen würde. Nun hoffen sie, dass an der Entscheidung nicht gerüttelt wird und Tegel spätestens ein halbes Jahr nach der Eröffnung des BER schließt.

„Ich wäre schon sehr glücklich, wenn der Flughafen endlich weg wäre“, sagt Daniela Zielinski. Die junge Familie ist ein Beispiel für die 300.000 Berlinerinnen und Berlinern, die von starkem Lärm und Feinstaub betroffen sind und deren Lebensqualität sich nach der Schließung Tegels unmittelbar verbessern würde.

Statt dröhnender Flugzeugturbinen würde Familie Zielinski nach Ende des Flugbetriebs auf einem Teil des Flugfeldes Vogelgezwitscher und Kinderlachen hören. Denn das Nachnutzungskonzept des Senats sieht u.a. einen 250 Hektar großen Stadtpark vor, der für ein besseres Stadtklima sorgt. Ebenfalls ist ein Forschungs- und Industriepark geplant, wo Gründer, Studierende, Industrielle und Wissenschaftler zusammen die Stadt von morgen gestalten. Voraussichtlich entstehen hier bis zu 20.000 Arbeitsplätze. Zudem werden auf dem Gelände bis zu 9000 Wohnungen entstehen. Die Hälfte davon sind landeseigene Wohnungen mit günstigen Mieten.

Trotzdem wird es auf Initiative der Berliner FDP am 24. September einen nicht verbindlichen Volksentscheid über die Frage geben, ob Tegel offen bleiben soll. Sie argumentiert dabei vor allem mit der schnellen Erreichbarkeit von Tegel.

Daniela Zielinski kann darüber nur den Kopf schütteln. „Wie oft fliegt man denn? Wir maximal zweibis drei Mal im Jahr. Dafür nehmen einen etwas längeren Anfahrtsweg gern in Kauf“. Sie wird deshalb am 24. September beim Volksentscheid mit Nein zur Offenhaltung stimmen.

C. Bauermeister

Digitalisierung schafft Arbeitsplätze. Berlin als Gründerhauptstadt kann stolz auf die vielen Startups sein, die sich hier ansiedeln, um mit innovativen Geschäftsmodellen Berlins Wirtschaft voranzubringen.

Berlin wird nur dynamisch und attraktiv bleiben, wenn wir den Wandel gestalten und uns beherzt auf die digitale Zukunft vorbereiten. Ein Schlüssel dafür sind unsere exzellenten Hochschulen und die einzigartige Forschungslandschaft. Wir werden diesen Rückenwind nutzen, denn Berlin ist nicht mehr „arm, aber sexy“, Berlin ist „smart und innovativ“.

Für die neuen Jobs brauchen wir Fachkräfte. Gemeinsam mit Wirtschaft und Politik müssen wir mit einer Fachkräftestrategie dafür Sorge tragen, dass eine Abwanderung von Produktion nicht durch den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften begründet werden kann. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ist essentiell, wenn wir Berlin für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, den Hochschulen und der Wirtschaft, werden wir Berlin als „smarte Stadt“ zum bundesweiten Impulsgeber der Digitalisierung machen.



Der Regierende Bürgermeister und Landesvorsitzende der SPD Berlin diskutierte am 27. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz im Willy-Brandt-Haus über das Thema „Digitalisierung als Motor für Berlins Wirtschaft“.

Foto: Christina Bauermeister

Der dritte Weg zwischen Kaufen und Mieten

Jede/r neunte Berliner/in wohnt in der Genossenschaft, und das will der Senat nun verstärkt fördern

In Berlin drehen sich die Baukräne. Neue Wohngebiete entstehen, und die Erwartung, dass sich der Wohnungsmarkt bald entspannt, ist berechtigt. Doch nicht alles, was neu entsteht, hilft Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Dies hat der neue Senat erkannt und sofort begonnen, gegenzusteuern.

Im Koalitionsvertrag werden drei Adressaten für neuen bezahlbaren Wohnraum genannt, die besonders gefördert werden: „Die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, aber auch Genossenschaften und innovative Wohnprojekte.“ Eine Bedingung gilt dabei: Dass der Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bis zu 30 Prozent der Wohnfläche beträgt. Hier können die Genossenschaften mithalten. Berlin ist nicht nur eine Mieterstadt, sondern auch eine Metropole des solidarischen Wohnens. Jede/r neunte BerlinerIn wohnt in



Die neue bbg-Wohnanlage „Carls Blüte“ in Karlshorst bietet Platz für 168 Wohnungen

Foto: Ulrich Rosenbaum

einer Genossenschaftswohnung.

Schon 1886 wurde Berlins erste Baugenossenschaft von Facharbeitern, Handwerkern und Beamten gegründet, die ihr Geld zusammenlegten, um modern, menschengerecht und dennoch günstig zu bauen: die Berliner Baugenossenschaft eG. Die bbg ist heute mit mehr als 7.000 Wohnungen in 85 Anlagen eine der größten Genossen-

schaften Berlins. Das Grundprinzip ist geblieben: Wer eine Wohnung haben möchte, zahlt zum Beispiel für 3.000 Euro Genossenschaftsanteile ein. Dann ist er nicht Mieter, sondern Mitglied und „Nutzer“. Er hat ein Dauernutzungsrecht auf Lebenszeit und kann bevorzugt eine kleine oder größere Wohnung bekommen, wenn sich die Lebensverhältnisse ändern.

Wir sprachen mit Jörg Wollenberg, Vorstand der bbg: „Unsere Wohnungen sind günstig, nicht billig. Wir erhöhen nur, wenn es wirtschaftlich unausweichlich ist. Derzeit sind für uns 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter die Oberkante im Neubau. Aber die Vielzahl der Wohnungen im Bestand liegen unter 6,50 Euro.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte den Genossenschaften versprochen, ihnen Zugang zu öffentlichen Grundstücken zu verschaffen. Derzeit wird zwischen Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke), Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) mit den Baugenossenschaften verhandelt, damit eines nicht passiert, was Wollenberg von der bbg so ausdrückt: „Wir wollen nichts geschenkt haben, aber wir möchten auch nicht zwischen städtischen Gesellschaften und finanzkräftigen Investoren in die Röhre gucken.“

Und damit das nicht passiert, könnte es so laufen:

Die Baugenossenschaften bekommen öffentliche Baugrundstücke und garantieren, dass in ihrem Wohnungsbestand genügend preiswerte Wohnungen – auch mit Wohnberechtigungsschein – angeboten werden. Wer den Genossenschaftsanteil nicht gleich zahlen kann, der kann das auch ratenweise tun.

Und wie kommt man an eine Genossenschaftswohnung? Unter www.wohnungsbaugenossenschaften.de kann man eine passende Genossenschaft suchen. Selten wird man sofort eine Wohnung finden, aber es lohnt sich, schon Mitglied zu werden und damit auf der Warteliste zu stehen. Die Chancen sind besser geworden, denn auch die Genossenschaften bauen derzeit kräftig neu.

Die bbg zum Beispiel hat gerade die „Carls Blüte“, eine neue Wohnanlage mit 168 Wohnungen in Karlshorst errichtet. Viele Mitglieder ziehen dorthin um und machen ihre Wohnungen frei.

„Es ist der typische Papiergeruch“

Der Berliner Buchhändler Jürgen Schleicher über sein Erfolgsrezept in Zeiten des Onlinehandels

Jürgen Schleicher ist SPD-Mitglied und Buchhändler – wie Martin Schulz. Ein Besuch bei „Schleichers“ in Dahlem.

Dass der Beruf des Buchhändlers wieder zum Gesprächsthema geworden ist, liegt auch an ihm: Martin Schulz. Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat ist von Hause aus ein Buchhändler aus Leidenschaft. Er machte eine Lehre und gründete 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen. Martin Schulz weiß: Wer erfolgreich sein will, muss selber viel lesen. Die Lehre sei für ihn eine Art „Studium generale“ gewesen.

Jürgen Schleicher kann die Empathie nachempfinden, die Schulz für das Buch hat. Die von ihm gegründeten Buchhandlungen „Schleichers“ am U-Bahnhof Dahlem-Dorf und „Kohlhaas & Company“ an der Fasanenstraße gehören zu den angesehensten Buchläden in Ber-



Jürgen Schleicher vor seiner Buchhandlung am U-Bahnhof Dahlem-Dorf.

Foto: Ulrich Rosenbaum

lin, 2016 mit dem Deutschen Buchhandelspreis ausgezeichnet. Sein Handwerkszeug erwarb er beim Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, und als ab 1967 die Studenten politisch wurden, be-

gann er, vor der Mensa einen kleinen Bücherstand aufzubauen und die politische Literatur anzubieten.

Weil er von Willy Brandts Ost- und Friedenspolitik überzeugt war, trat Schleicher der SPD bei. Der SPD-Ortsver-

ein Dahlem tagte damals im Gasthof Schillings (heute „Luise“). Dort stand neben der Gaststube ein 40 Quadratmeter großes Ladengeschäft leer. Schleicher mietete es, um dort seine erste Buchhandlung aufzumachen.

Jetzt konnte er nicht mehr nur politische Literatur, sondern alles anbieten, was die Verlage auf den Markt brachten. Heute liegt sein weit größerer Laden genau gegenüber.

Jürgen Schleicher weiß wie einst der junge Martin Schulz: Man muss selber viel lesen, um die richtigen Bücher nach vorne in die Auslage zu stellen und die Kunden zu beraten. „Bestseller-Listen helfen da wenig, man muss selber ein Gespür haben, was ankommt“, sagt er. Aber das ist nicht alles: Regelmäßig lädt er zu Lesungen und anderen Veranstaltungen, die meistens schnell ausgebucht sind. „Kundenbindung ist das A und O“, so Schleicher. Die Buchhandlung als Ort der Bildung: Vorbild für viele Buchhändler in Berlin war einst die Buchhandlung Elwert und Meurer, die das zum Prinzip gemacht hatte.

Sie ist, als der Berliner Buchmarkt rund um die Wende-

zeit durchgeschüttelt wurde, ebenso verschwunden wie Kiepert an der Hardenbergstraße oder im Osten der Stadt „Das gute Buch“, die „Internationale Buchhandlung“ und die „Karl-Marx-Buchhandlung“. Eine neue Groß-Buchhandlung ist mit Dussmann entstanden, und es gibt die Filialen bundesweiter Ketten.

Und dann kam der Onlinehandel. Zum Glück aber existieren viele familiengeführte Buchhandlungen wie Schleichers, die davon leben, dass die Kunden das mögen, was Martin Schulz so ausgedrückt hat: „Es ist der typische Papiergeruch.“ Jürgen Schleicher wünscht sich von seinem prominenten Kollegen, „dass er alles tut, um einen vielfältigen Buchhandelsmarkt zu erhalten und die Menschen zu motivieren, beim Buchladen im Kiez zu kaufen und die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Ulrich Rosenbaum

Ballartisten unter Berlins Himmel Schnittmuster und Politik

Fußball-Ausstellung im Ephraim-Palais



Die Hertha-Mannschaft, die 1906 die erste Berliner Meisterschaft für den Verein holte. © Hertha BSC

Es sind wunderbare 90 Minuten. Ein Auf und Ab der Emotionen. Seit 125 Jahren oder gar mehr begeistern sich Berlinerinnen und Berliner für Fußball. Ihm widmet das Berliner Stadtmuseum im Ephraim-Palais am Mühlendamm eine aufschlussreiche Ausstellung. Anlass ist der 125. Geburtstag des Berliner Bundesligisten Hertha BSC.

Die Ausstellung auf drei Etagen fächert Berliner Fußballleben in elf Kapiteln auf. Interessante Exponate wie einen Lederfußball von 1910, den Pokal und Wimpel zur Brandenburgischen Meisterschaft von Hertha BSC 1935, ein selbstgenähtes Fußballtrikot aus der Notzeit 1948 sowie Plakate, Eintrittskarten und zahlreiche Dokumente, die von den Restauratorinnen des Museums liebevoll aufbereitet wurden. Vor allem ein reicher Fotofundus macht die Berliner Fußballszene aus Jahrzehnten anschaulich.

„Hauptstadtfußball“ widmet sich nicht nur dem lang-

jährigen Bundesligisten Hertha BSC, sondern ermöglicht einen Streifzug durch den gesamten Berliner Fußball, der mit rund 400 Vereinen mit 3.662 Mannschaften und mehr als 146.000 Mitgliedern ein sportliches Schwergewicht darstellt.

Die Ausstellung präsentiert neben dem Geburtstagskind Hertha BSC die große Bandbreite der Vereine. Da darf der BFC Germania aus Tempelhof von 1888 nicht fehlen, der Neuköllner Verein SC Tasmania 1900 oder Tennis Borussia 1902 aus Charlottenburg. Der BFC Union (gegr. 1966) geht auf einen Vorgängerverein aus Oberschöneweide von 1906 zurück. Die Vereine aus Hohenschönhausen ASK Vorwärts (gegr. 1951) sowie der BFC Dynamo (gegr. 1954) holten die meisten Meistertitel in der DDR.

125 Jahre Fußball in Berlin, das zeigt die Ausstellung, ist auch ein Kapitel Zeitgeschichte. Viele Vereine haben eine lange Tradition wie

der jüdische TuS Makkabi, der auf eine Vereinsgründung von 1898 zurückgeht. Erinnert wird auch an die Fußballer der Arbeitersportvereine, wie etwa an ASV Fichte am Baumschulenweg. Die Arbeitersportvereine wurden 1933 von den Nazis verboten.

Die Migrationsgeschichte Berlins spiegelt sich in der Verbandsgeschichte wider. Die Berliner Fußballlandschaft haben Vereinsgründungen von Zuwanderern bereichert, wie beispielsweise der SD Croatia oder BSV Al-Dersimspor.

Gunter Lange

Hauptstadtfußball

Ausstellung vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018
Ephraim-Palais,
Poststraße 16, 10178 Berlin
Di, Do–So 10–18 Uhr
Mi 12–20 Uhr
Eintritt: 6,00 / erm. 4,00 €
bis 18 Jahre frei
www.hauptstadtfussball.berlin
Freikarten für die Ausstellung

Ausstellung am Gedenkort für Annedore und Julius Leber

Es sieht noch nach viel Arbeit aus. Die zerfallene einstöckige Baracke muss instandgesetzt werden, das Gelände, derzeit mit einem Bauzaun gesichert, soll zu einer offenen und einladenden Begegnungsstätte werden. Freiluft-Ausstellungen erzählen regelmäßig von der Geschichte dieses Ortes: Derzeit stellen Schautafeln die Publizistin Annedore Leber vor.

Der Ort ist geschichtsträchtig. An der Torgauer Straße war die Kohlenhandlung von Julius und Annedore Leber. In einer kleinen Holzbaracke, die im 2. Weltkrieg abgebrannt ist, traf Julius Leber mit Widerstandskämpfern zusammen, die am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler verübten. Der Sozialdemokrat Leber, als Innenminister einer künftigen Regierung vorgesehen, wurde von den Nazis Anfang 1945 hingerichtet.

Seine Witwe Annedore war nach dem Krieg publizistisch tätig – als Mit-Herausgeberin der SPD-nahen Tageszeitung Telegraf, die im März 1946 erschien und ab Herbst 1947 als Verlegerin der Monatszeitschrift „Mosaik“, die die Frauen im Nachkriegs-Berlin mit Politik und Demokratie vertraut machte. Politische Kommentare, Porträts über spannende Frauen, Visionen einer neuen frauengerechten Baupolitik und Reportagen aus dem Alltag der Berlinerinnen wurden ergänzt durch Modetipps und praktischen Schnittmusterbögen. In Büchern hielt Annedore Leber das Vermächtnis von Julius Leber und des Widerstandskampfes wach. Ihr Verlag zog 1950 in das neuerrichtete Gebäude auf dem Gelände der Kohlenhandlung.

Die neue Ausstellung haben Egon Zweigart, Andreas Bräutigam, Dörte Dohl und

Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg entwickelt. Im Stadtteilverein kümmert sich ein eigens eingerichteter Arbeitskreis um den Gedenkort.

Nach langen Verhandlungen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat der Verein im Herbst 2016 einen Nutzungsvertrag für das Gelände abgeschlossen. Zusammen mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Nachbarschaft, so die Vereinsvorsitzende Martina Fiebelkorn, soll ein lebendiger Lern- und Gedenkort entwickelt werden. Dafür braucht der Verein Geld. „Wir rechnen mit 5000 Euro Planungskosten, dann ist ein Antrag auf Lottomittel für die Instandsetzung möglich“, hofft Martina Fiebelkorn. Für die laufenden Kosten von etwa 12.000 Euro werden ständige Unterstützer gesucht, die auch mit kleinen Beträgen zum Erfolg beitragen können. Ebenso willkommen, so Egon Zweigart, ist tatkräftiges Anpacken: „Einfach mal helfen.“

U. Horb



Egon Zweigart, Martina Fiebelkorn und Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg am Gedenkort für Annedore und Julius Leber, an dem bis zum Herbst die Ausstellung über Annedore Leber als Publizistin zu sehen ist.

Foto: Ulrich Horb

Freiluft-Ausstellung

Torgauerstr. 24-25,
gegenüber Leberstraße
10829 Berlin

Spenden: Stadtteilverein
Schöneberg e.V.,
IBAN: DE96 1002 0500
0003 1127 11, Stichwort:
Fördererkreis Lern- und
Gedenkort

Weitere Informationen:
www.gedenkort-leber.de

Gut zu wissen!

Impfberatung · Roaming-Gebühren · EU-Reisen · Zahlungsdiensterichtlinie · Label-Dschungel



Verpflichtende Impfberatung

Foto: Adobe Stock · Picture-Factory

VERPFLICHTENDE IMPFBERATUNG

In Deutschland gibt es keine Impfpflicht, aber seit Juni eine verpflichtende Impfberatung.

So sieht es das Epidemiologie-Gesetz des Bundesgesundheitsministeriums vor. Danach sind Kitas verpflichtet, jene Eltern den Gesundheitsämtern zu melden, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben. Bis zu 2.500 Euro Geldstrafe kann dies nach sich ziehen. Gerade in Berlin kam es immer wieder zu Masern-Ausbrüchen. Mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz sind Eltern dazu verpflichtet, vor dem Kita-Eintritt ihres Kindes an einer

ärztlichen Impfberatung teilzunehmen. Schon heute können ungeimpfte Kinder vorübergehend vom Besuch einer Kita oder Schule ausgeschlossen werden.

ENDE DER ROAMING-GEBÜHREN

Jeder hat sich schon einmal geärgert: Im Urlaub schnell Bescheid sagen, dass man gut angekommen ist und schon sind etliche Cents mehr auf der Telefonrechnung. Das hat seit dem 1. Juni 2017 dank der EU ein Ende.

Ab jetzt können Sie bei Reisen in EU-Länder sowie in Norwegen, Island und Liechtenstein ohne Zusatzgebühren telefonieren, SMS

schreiben und surfen. Und auch wenn Sie im Ausland angerufen werden, entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten. „Telekommunikation ist kein Bereich für Grenzen. Kosten für die Nutzer müssen sich stärker an den wirklichen Kosten der Unternehmen orientieren“, so Verbraucherschutzminister Heiko Maas. Dennoch gibt einiges zu beachten: Im Ausland den Arzt vor Ort anzurufen, ist kein Roaming, das Telefonat vom Ausland nach Deutschland aber schon. Die Roaming-Regeln gelten nicht in der Schweiz und der Türkei. Und Achtung: Auf Kreuzfahrtschiffen, Fähren und in Flugzeugen gilt die Verordnung nicht. Hier kann es zum Teil richtig teuer werden. Augen auf auch bei den Deutschlandtarifen einiger Discounter: Damit kann wirklich nur im Inland telefoniert werden.

MEHR RECHTE UND SICHERHEIT BEI EU-REISEN

Die gute alte Pauschalreise kommt nicht aus der Mode: Alt wie Jung, vor allem aber Familien greifen gerne darauf zurück. Denn: Wer eine Pauschalreise bucht, ist abgesichert.

Reiserecht in Europa war bisher uneinheitlich geregelt. Mit der EU-Pauschalreise-



Abgesichert durch Pauschalreise

Foto: Adobe Stock · Friedberg

richtlinie bekommen UrlauberInnen mehr Rechte und mehr Sicherheit. Können Reisende z.B. wegen außergewöhnlicher Umstände nicht zurückfliegen, muss der Veranstalter neben den neuen Rückflugkosten auch die Beherbergungskosten für bis zu drei Übernachtungen tragen. Auch neu: Reismängel können gegenüber dem Reiseveranstalter, also z.B. gegenüber dem Reisebüro, und müssen nicht mehr zwingend gegenüber dem Reiseveranstalter angezeigt werden.

Dafür hat man jetzt sogar zwei Jahre lang Zeit. Ausführlich Informationen finden Sie auf www.bmjv.de unter dem Stichwort Pau-

schalreise.

BEZAHLEN OHNE UNFAIRE ZUSATZGEBÜHREN

Seit dem 1. Juni 2017 ist das Wortumgesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft.

Dank der EU dürfen Händler zukünftig keinen Aufpreis mehr von ihren Kunden verlangen, wenn diese online oder offline mit gängigen Karten oder per SEPA-Überweisungen und Lastschriften bezahlen. Auch wenn etwas schief geht, gibt es jetzt mehr Schutz. So müssen Banken ihre Kunden stärker dabei unterstützen, durch Fehlüberweisungen verloren gegangenes

Geld zurückzubekommen. Wird die Kreditkarte entwendet, reduziert sich der Eigenbeitrag von 150 auf 50 Euro. Und, was in Deutschland schon lange gilt, gilt jetzt auch in allen EU-Ländern: Lastschriften können binnen acht Wochen EU-weit bedingungslos erstattet werden.

LICHT IM LABEL-DSCHUNDEL

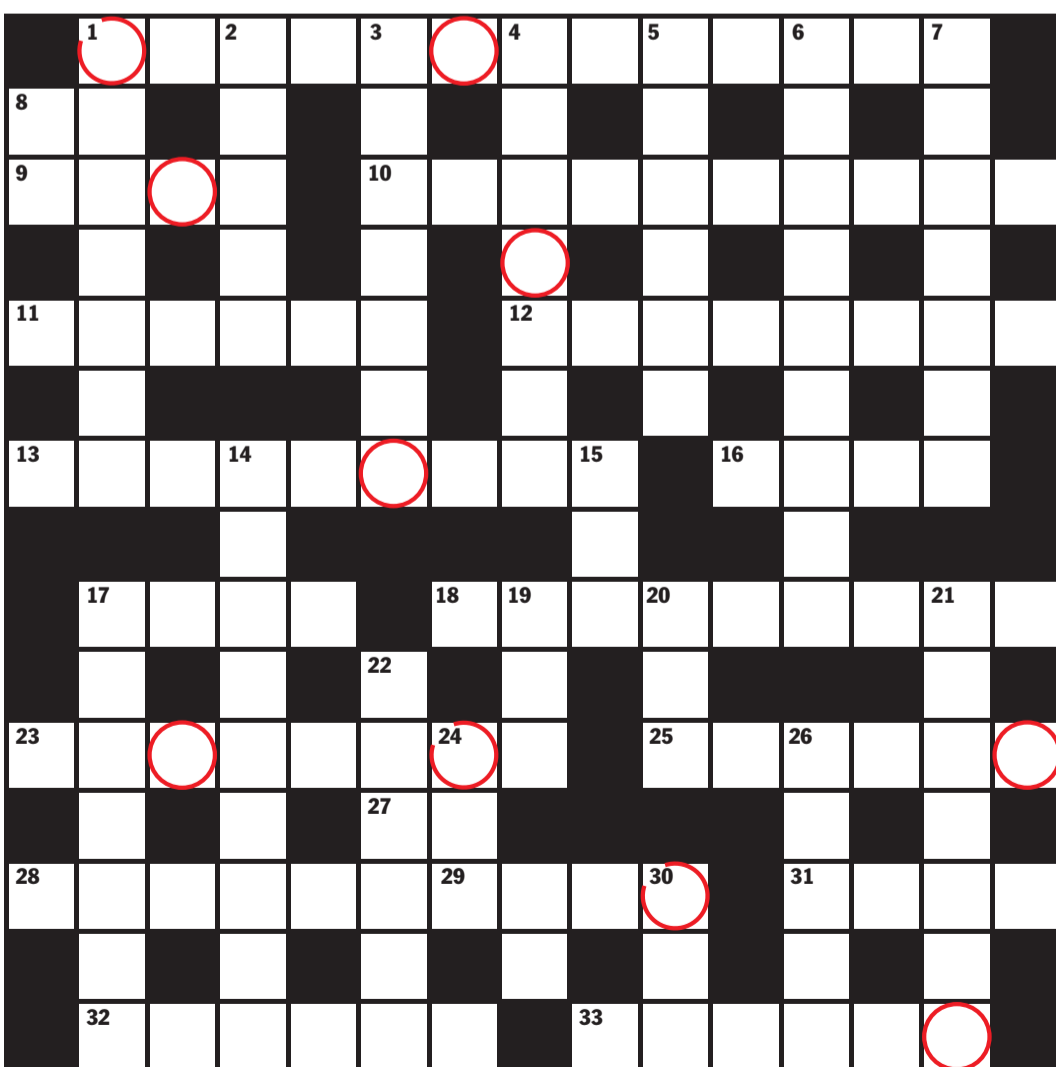
Sie sollen Orientierung geben, zum gesünderen Leben animieren oder helfen, die Umwelt zu schonen: Labels auf Verpackungen und Kleidung. Doch oft fragen sich Verbraucherinnen und Verbraucher: Welches Label steht noch mal für was?

Es gibt z.B. beim Fischkauf oder Kosmetika einfach zu viele. Auf label-online.de wird transparent und unabhängig über einzelne Labels informiert. Besonderer Clou: der Barcode-Scanner. Damit geht verantwortungsvolles Einkaufen noch einfacher.



Weitere Informationen:

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- politisch Untaugliche
- Berliner Traditionstheater (Abk.)
- Studierendenvertretung
- Zeit ohne Sommer
- Hitzefrei im Urlaubsfieber
- überraschend spielen und dealen
- Schlüssigkeit
- Oberseite der Handwurzel
- Gutgemeinter Rat vorm Pferderennen
- Schulz ./ Merkel
- schwacher, natürlicher, elektrischer Strom in der Erdrinde
- Jottwede ohne Arbeit und Schule
- Uckermark (Kfz-Kennzeichen)
- Wirklich wahre und faire Populisten
- Röhre, die uns fliegen lässt
- Verdienstvolle Lebensmittelverwerter
- Krautige Pflanzen

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- Fachministerium, Redaktionsabteilung
- Steckt man ab im Wilden Westen
- Steinalter Behälter für Bier und Wein
- Das tun Sie zurzeit
- Traurige Begleiterscheinung
- Die Aktuellste heißt „Laudato si“
- Herausragendes Fremdwort
- Britische Fluglinie (Abk.)
- Anti-Gen zum Schlucken und Pieksen
- Des Körpers allerunterste Etage
- Komposition für drei Singstimmen
- Angeblich sündenfrei
- Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (Abk.)
- Berliner, Brandenburger (und Münsteraner Fußballer)
- den Schenkel betreffend (med.)
- Unbezahltes Kinder mädchen
- Schlimmer Begleiter des Fußballs
- Technische Universität (Abk.)
- Helfer gesucht

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **einen der bedeutendsten Wochentage des Jahres 2017, nämlich den Tag des Ferienbeginns in Berlin.**

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.07.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Freikarten (inkl. Führung) für die Ausstellung „Hauptstadtfußball – 125 Jahre: Hertha BSC und Lokalrivalen“ im Ephraimipalais, Poststr. 16, 10178 Berlin Die Ausstellung läuft vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **MARTIN SCHULZ** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

GEWINNE: 10 FREIKARTEN FÜR EINE AUSSTELLUNG ZUR BERLINER FUSSBALLGESCHICHTE MEHR INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG FINDEN SIE AUF SEITE 5

Den S-Bhf. Schöneweide während der Bauzeit zugänglich halten

Der S-Bhf. Schöneweide gehört nicht erst seit den Umbauarbeiten vor einigen Jahren zu den besonders hässlichen Bahnhöfen Berlins. Mit seinem historisch belassenen Eingangsgebäude, hat der Schöneweider Bahnhof jedoch das Potential dafür, ein Aushängeschild für Johannisthal und Schöneweide zu werden.

Baustelle Schöneweide

Darum ist es gut, dass der Bahnhof saniert wird. Seit ca. 2012 wird darum kräftig gebaut. Das merken wir daran, dass wir in den vergangenen Jahren viel pendeln, umsteigen und warten mussten. Das ist zwar nicht schön, aber hinnehmbar – es soll ja vorangehen. Nicht hinnehmbar ist jedoch, dass mit fortschreitender

Sanierungszeit, die Sauberkeit am Bahnhof stetig abgenommen hat. Zwar war der Bahnhof auch in den vergangenen 15 Jahren nicht gerade bekannt für seinen besonders einladenden Charme, der jetzige Zustand unterbietet sogar das Gewohnte. Gerade der Ausgang nach Johannisthal ist eine Zumutung. Das ging so weit, dass Lars Düsterhöft, jetzt Mitglied des Abgeordnetenhauses, und ein paar ebenfalls genervte SPD-Mitglieder, im letzten Sommer selbst Hand anlegten und besagten Ausgang putzten. Dabei ging es weniger darum, nachhaltige Sauberkeit herzustellen, sondern mal ein Zeichen zu setzen. Gut, dass die Bahn eine Grundreinigung des Bahnhofes zugesagt hat.



Der S-Bahnhof Berlin-Schöneweide

Barrierefreiheit ermöglichen

Weniger froh und etwas enttäuscht sind wir über die aktuellen Planungen für den nächsten Bauabschnitt: Bis Herbst 2018 werden nun die Bauarbeiten an der Südseite, mit der Verlegung einer weiteren Brücke sowie der

Fertigstellung der Treppen, abgeschlossen. Ab Herbst 2018 beginnt der nördliche Bauabschnitt. Dazu zählen die Sanierung des Bahnhofsgebäudes und der Durchbruch des neuen Tramtunnels. Die geplante Bauzeit dafür beträgt drei Jahre. Nach jetzigem Stand ist für die-

sen gesamten Zeitraum kein barrierefreier Zugang zum Bahnhof möglich. Für AnwohnerInnen, die auf Fahrstühle angewiesen sind, ist das kein haltbarer Zustand und nicht hinnehmbar. Der Bezirksbürgermeister hat dazu bereits Gespräche mit den zuständigen Bauträgern aufgenommen. Die SPD-Fraktion wird dazu noch einen Antrag in die BVV einbringen: Die Barrierefreiheit muss gewährleistet sein. Die Bezirksverordnetenversammlung wird sich hier positionieren.

In den drei weiteren Jahren Bauzeit werden wir uns auch weiter dafür einsetzen, dass es zu einem ordentlichen Beteiligungsverfahren zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes kommt. Da mit der Verlegung der Straßen-

bahnlinien am nördlichen Bahndamm die Schienen auf dem Vorplatz wegfallen werden, öffnet sich hier die Perspektive für eine neue Entwicklung. Ein breites Beteiligungsverfahren wäre wünschenswert.

Die SPD-Fraktion Treptow-Köpenick ist sehr dankbar dafür, dass der SPD-Abgeordnete, Lars Düsterhöft, und der SPD-Bundestagsabgeordnete, Matthias Schmidt, zum Thema Schöneweide Ende September bzw. Anfang Oktober eine Informationsveranstaltung mit allen zuständigen Bauträgern, BVG, Bahn und Bezirk, angeregt haben. Um den BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, ihre Fragen direkt zu stellen. Hierzu laufen zurzeit Terminabsprachen.

So war die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick

In der Sitzung der BVV im Mai wurden wichtige Weichen für die Zukunft des Bezirkes Treptow-Köpenick gestellt.



Im Rahmen einer Großen Anfrage beschrieb das Bezirksamt die umfangreichen geplanten Schul- und Sportstättenanierungen im Bezirk. Auch in Zeiten knapper Kassen ist es wichtig in die Zukunft zu investieren.

Deshalb setzen das Bezirksamt und die BVV bei den Investitionen in der Zukunft einen Schwerpunkt in die Sanierung, den Ausbau und sogar in den Neubau von Schulen. Konkret soll in folgende Bauvorhaben investiert werden:

- Isaac-Newton-Schule (Ergänzungsbau; 4,5 Mio. Euro)
- Merian-Schule (Filiale Mittelheide, Sanierung Schul-sportplatz/Freifläche; 2,2 Mio. Euro)
- Schule Stillerzeile (Umbau, Komplett-sanierung, Neubau Sporthalle und Mensa; 17 Mio. Euro)
- Schule am Heidekampgraben (Sanierung und Erweiterung, Neubau Sporthalle; 22 Mio. Euro)
- Anna-Seghers-Schule (Ausbau und Erweiterung; 30 Mio. Euro)
- Bölsche-Schule (Ergänzungsbau); 7,8 Mio. Euro
- Alexander-von-Humboldt-Schule (Fassadenverkleinerung); 1,6 Mio. Euro

Hinzu kommen die bereits in der früheren Investitionsplanung verankerten Schulprojekte.

Sie sind also nicht vergessen, sondern werden weiterverfolgt:

- Friedrichshagener Schule
- Melli-Beese-Schule
- Wendenschloß-Schule
- Merian-Schule (Mehrzweckraum/ Mensa)
- Anna-Frank-Schule (Sporthalle)
- Grünauer Schule
- Hans-Grade-Schule

Die BVV legte in ihrer Sitzung auch die Grundlage für ein neues Schulzentrum in Adlershof. Das Gesamtbauvorhaben des neuen Schulzentrums in Adlershof hat ein Investitionsvolumen von 63 Mio. Euro.

Im Bereich der Verkehrspolitik konnte eine Einigung in der Frage errungen werden, ob der Bohnsdorfer-Kreisel in Zukunft weiterhin in eine Richtung oder in zwei Richtungen befahrbar sein soll. Die Bevölkerung vor Ort hat sich mit viel Engagement für die Beibehaltung des Einrichtungsverkehrs ausgesprochen und dafür auch viele Unterschriften für einen BürgerInnenantrag eingereicht. Dem Wunsch der AnwohnerInnen entsprechend hat die BVV beschlossen, dass die bisherigen Richtungsverkehre weiterhin Bestand haben sollen. Es bleibt nun darauf zu hoffen, dass die Verkehrslenkung Berlin diesem Beschluss folgt.

In den vergangenen Wochen erreichten viele Protestbriefe die BVV, die massive Modernisierungsarbeiten im Wohnungsbestand der Deutsche Wohnen AG in der Hufeisensiedlung in Bauschulenweg und dem Kosmosviertel beklagten. Die Fraktionen von SPD, Linken und Grünen wollen, dass den betroffenen MieterInnen mit Hilfe von MieterInnenberatung und bei der Ausnutzung des Ermessensspielraums bei den Kosten der Unterkunft geholfen werden soll. So sollen die MieterInnen dabei unterstützt werden, sich gegen überflüssige Modernisierungsarbeiten mit enormen Mietkostensteigerungen wehren zu können. Auch soll verhindert werden, dass die steigende Miete zu „Zwangsumzügen“ führt und die MieterInnen verdrängt werden.

Die BVV unterstützt des Weiteren die Initiative des Senats in einem Pilotprojekt Parks und Forsten durch die Berliner Stadtreinigung reinigen zu lassen. Die Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt im Luisenhain und im orstrevier Köpenick waren durchweg positiv. Der Senat wird deshalb aufgefordert, die BSR zu beauftragen, die Reinigung auch weiterhin vorzunehmen, das Projekt weiterzuführen und auf weitere stark frequentierte Forst- und Grünflächen auszuweiten. So soll die Aufenthaltsqualität dort deutlich erhöht und konsequent gegen die Vermüllung der Flächen vorgegangen werden.

Kiezkassen und Bürgerhaushalt – Bürgerbeteiligung konkret in Treptow-Köpenick

Wir haben Sie schon darauf hingewiesen – die Kiezkassen laufen wieder! Zum 5. Mal können die BürgerInnen Treptow-Köpenicks über die Verwendung von Haushaltsmitteln in ihrem Kiez selbst entscheiden. In diesem Jahr sind es genau 50.200 Euro, die in viele kleine Vor-Ort-Projekte fließen werden. Und die Fantasie der Menschen ist nach wie vor groß. Unter den 83 Vorschlägen, die bis jetzt in den verschiedenen Ortsteilen beschlossen wurden, waren kreative Vorschläge dabei, wie etwa eine Popcorn-Maschine für den Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi, eine Shetty-Kutsche für einen Abenteuerspielplatz oder eine Bücherbox für eine Kita. Eine weitere Kiezkassenveranstaltung wird noch in Oberschöneweide (15. 9.2017, 18.00 Uhr, Kiezklub KES) folgen. Im fünften Jahr lässt sich somit ganz eindeutig sagen: Das ist ein Erfolgsmodell! Viele Menschen warten inzwischen darauf, dass die Ausschreibung auf den Seiten des Bezirksamtes erscheint. Darüber freuen wir uns sehr.



Foto: knipseline / pixelio.de

Doch es gibt noch mehr, wo Sie sich beteiligen können! Der Bürgerhaushalt ist ein weiteres Instrument. Seit 2003 können die EinwohnerInnen Treptow-Köpenicks hier Vorschläge zur Verwendung der Haushaltsmittel einreichen. Und wie geht das? Ganz einfach:

- per Telefon: (030) 90297-3535
- per Mail an: buergerhaushalt@ba-tk.berlin.de
- per Post an: Bezirksamt Treptow-Köpenick SE Personal und Finanzen Postfach: 910 240 12414 Berlin

Ganz schnell geht es per Online-Verfahren. Über das Berliner Portal mein.berlin.de kommen Sie direkt dort hin: mein.berlin.de/projects/burgerhaushalt-treptow-kopenick/

Mitmachen können alle, die in Treptow-Köpenick leben, arbeiten oder sich ehrenamtlich engagieren. Bis zum 31. Dezember 2017 läuft die Vorschlagsphase.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

V.i.S.d.P.:
Alexander Freier-Winterwerb
(Fraktionsvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
P. Bahlmann, E. Haußdörfer, A. Freier-Winterwerb, O. Igel, A. Rostalski, G. Schmitz, R. Thies, A.-M. Träsnea, M. Tyx, U. Walker

Infoveranstaltung zum Regionalbahnhof Köpenick

Die Deutsche Bahn lädt die AnwohnerInnen zur Informations- und Dialogveranstaltung am Donnerstag, dem 6.7.2017 von 18.30 bis 21.00 Uhr in den Ratssaal des Rathauses Köpenick (Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin) ein.

In der Informationsveranstaltung soll das Projekt rund um den Bahnhof Köpenick erläutert und der aktuelle Planungsstand vorgestellt werden. Darüber hinaus gibt es die Gelegenheit, Fragen an die Projektverantwortlichen zu richten.

EIN STRANDBAD – KEIN LUFTSCHLOSS

Ein weiterer Schritt zur Sanierung des Strandbades Müggelsees wird gemacht. Nach der Renaturierung der Uferkante steht derzeit der Abriss des seit Jahren leerstehenden ehemaligen Disco-Würfels an. Dieser Abriss hat zu einigen Diskussionen geführt, wird doch behauptet, es könnte an dieser Stelle ein Wellness-Gebäude mit Schwimmbad und Sauna errichtet werden. Doch dem steht das Baurecht entgegen. In der Bauverbotszone und nach jahrelangem Leerstand ist der Bestandsschutz in der Trinkwasserschutzzone entfallen. Aber nicht nur das. Über den Leerstand hat sich die Bausubstanz deutlich verschlechtert, Schadstoffe prägen den Würfel. Das Bezirksamt hat den Sanierungsaufwand mit mehreren Millionen Euro geschätzt, was bedeutet, „dass nur ein hochkommerzielles Projekt umsetzbar wäre. Ein Luxusbad als Luftschloss schwebt mir aber nicht vor“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Weder für einen Umbau des Gebäudes, noch für einen Neubau würde es aus planungsrechtlichen Gründen eine Genehmigung geben. „Wir haben als Alternative nur, das Gebäude im jetzigen Zustand zu erhalten. Diesen verfallenen Bau weiterhin der Öffentlichkeit zu präsentieren, während daneben das Strandbad denkmalgerecht wieder hergerichtet wird, kann nicht ernsthaft Wille sein“, sagte Bezirksbürgermeister Igel. Das Strandbadareal kann nun aber mit Mitteln des Bundes und des Landes saniert werden. „Mit der denkmalgerechten Sanierung kann das Objekt endlich ganzjährig und auch das Saunagebäude kann besser genutzt werden. Damit ist endlich nicht mehr im Herbst Schluss mit Leben im Strandbad Müggelsee“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. „Hier soll es Möglichkeiten geben, insbesondere für sozial benachteiligte Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende mit Kindern, und für SeniorInnen nicht nur ihre Freizeit zu verbringen, sondern vor allem Erholung mitten in Berlin zu finden“, sagte Oliver Igel. Es wurde bereits der Zeitplan für die Erstellung des Sanierungskonzeptes, der Planung und der Sanierung veröffentlicht und zudem die weiteren Schritte der Bürgerbeteiligung genannt. Das Sanierungskonzept wird öffentlich vorgestellt und diskutiert. „Das Strandbad soll und muss Strandbad bleiben. Von Luftschlössern haben wir schon genug gehört“, so Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

Demokratie und Toleranz will gelebt und verteidigt werden

Am 20. Mai 2017 fand das „Fest für Demokratie und Toleranz – gegen Angsträume“ am Michael-Brückner-Platz und in der Schnellerstraße statt. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz sowie der Schirmherr, Bürgermeister Oliver Igel, riefen zuvor dazu auf, Ideen zu sammeln. Durch diesen Aufruf beteiligten sich Projektträger, Vereine, Initiativen, Interessengruppen, Gewerbetreibende, Vertreter*innen der demokratischen Parteien, der Kirchen, der Schulen, Künstler*innen, Sportler*innen und Einzelpersonen bei der Gestaltung und Umsetzung des Festes für ein buntes, tolerantes und attraktives Treptow-Köpenick.

Auf zwei Bühnen sorgten Bands, Musiker*innen, Tanzgruppen und Vereine für ein abwechslungsreiches Programm. Eine Hüpfburg,



Eine Tanzgruppe präsentiert sich beim Fest für Demokratie und Toleranz
Foto: Ana-Maria Trásnea

mehrere Aktionen für Kinder und ein Angebot von kulinarischen Köstlichkeiten aus aller Welt machten das Fest zu einem Tag für die ganze Familie.

Lars Düsterhöft, Mitglied im Abgeordnetenhaus, kommentiert die Veranstaltung wie folgt:

„Einmal im Jahr organisiert das Bündnis für Demokratie Treptow-Köpenick ein fantastisches Straßenfest. Wo früher Nazis unterwegs waren, es zu massiven An- und Übergriffen kam und man sich unwohl fühlte, ist heute mal wieder die Straße voll mit vielen Menschen, die ein

Zeichen setzen für Toleranz und ein friedliches Miteinander. Als Sprecher des Bündnisses für Demokratie bin ich dankbar für die tolle Organisation durch so viele fabelhafte Menschen!“

Damit hat er recht, denn Schöneeweide ist durch langjähriges gesellschaftliches Engagement nicht länger Schwerpunkt rechter Gewalt im Bezirk. Nichtsdestotrotz ist es weiterhin wichtig, ein Zeichen für demokratische Werte und gegen Menschenfeindlichkeit zu setzen. Dies zeigte ein Vorfall an massiver Bedrohung eines Mitarbeiters des Zentrum für Demokratie durch Neonazi-Rocker während des Abbaus des Festes eindeutig. Der Mitarbeitende forderte die Gruppe zur Unterlassung des Zeigens des Hitlergrüßes auf, woraufhin dieser bedroht wurde. Der Betroffene hat eine Anzeige wegen

des Zeigens verfassungswidriger Symbole und der Bedrohung gestellt. Die Polizei bestätigte die Bedrohungssituation, die Tatverdächtigen konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Weitere Informationen hierzu sind auf www.goo.gl/KboLJM zu finden. Die Fraktion der SPD Treptow-Köpenick solidarisiert sich mit dem betroffenen Mitarbeiter des Zentrums für Demokratie und bedankt sich für die erwiesene Zivilcourage.

Oliver Igel, Bezirksbürgermeister und Schirmherr, äußert sich zu dem Vorfall: „Verbale und körperliche Bedrohungen dürfen nicht toleriert werden. Wir müssen uns gemeinsam gegen jedwede Angriffe stellen. Wir solidarisieren uns mit Opfern und treten gemeinsam und konsequent den Tätern gegenüber.“

Ein Fahrradschnellweg für Treptow-Köpenick

Der Radverkehr nimmt in Berlin immer weiter zu und unser Bezirk Treptow-Köpenick möchte sich bis 2020 zur beliebtesten Radregion Berlins entwickeln. Auch aus diesem Grund beschloss die Bezirksverordnetenversammlung am 11. Mai 2017 auf Initiative der SPD-Verordneten Ellen Haußdörfer, dass sich das Bezirksamt weiterhin bei der Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr dafür einzusetzen soll, dass der Betriebsweg zwischen der Autobahn A 113 und dem Teltowkanal, welcher mit der Bestnote 1,9 ausgezeichnet wurde auch schnellstmög-



Foto: Katharina Wieland Müller / pixelio.de

lich realisiert wird. Denn ein solcher Fahrradschnellweg würde die Fahrzeit laut

Experten von 36 auf 22 Minuten verkürzen. Darüber hinaus waren sich diese Ex-

perten einig, dass ein „straßenunabhängig geführter Weg, eine ausreichende Breite und die Führung entlang eines Gewässers gute Gründe für die Bestbenotung sind.“

Die wachsende Stadt bringt neben neuen netten Nachbarn auch neue Herausforderungen für die Bezirke und die Stadt insgesamt. Die Straßen werden voller, denn neben steigenden Zahlen beim ÖPNV nehmen sowohl Auto- als auch Radverkehr zu. Da die Straßen jedoch aufgrund von Platzmangel nicht immer verbreitert werden können, ist es sinnvoll Alternativen zu planen, welche dem Radverkehr, wie auch im Übrigen

den Autoverkehr (Autobahnen) ermöglichen komplett unabhängig vom restlichen Verkehr durch die Stadt zu fahren.

„Radschnellwege bieten eine gute und sichere Alternative zum bestehenden Fahrradstraßennetz und ermöglichen ein schnelleres Vorankommen durch die Stadt“ meint dazu der Fahrradbeauftragte der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick, Manuel Tyx.

Ein Fahrradschnellweg ist natürlich kein Allerheilmittel, aber eine gute Ergänzung und ein Mosaiksteinchen auf dem Weg zur beliebtesten Fahrradregion Berlins.

Bohnsdorfer Kreisel: BVV beschließt den Einwohnerantrag zur Verkehrsführung

Seit vielen Jahren kochten die Gemüter hoch zwischen Verwaltung, AnwohnerInnen, Gewerbetreibenden und Politik um den Richtungsverkehr im Bohnsdorfer Kreisel, also den Straßen Richterstraße, Am Falkenberg und Bruno-Taut-Straße am Bahnhof Grünau.

Das bezirkliche Tiefbauamt wollte einen konsequenten Zweirichtungsverkehr einführen und die EinwohnerInnen forderten einen konsequenten Einrichtungsverkehr. Nun haben sich die Antragsteller und Politik geeinigt. Die VertreterInnen des Einwohnerantrags „Bohnsdorfer Kreisel“ übernahmen den Vorschlag der SPD-Fraktion, die bisherigen Richtungsverkehre beizubehalten und damit die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen ohne Neuordnung durchzuführen.

Alle anderen Ziele der Bau-



maßnahme wie die Verlegung der Bushaltestellen, die Einrichtung von Radfahrstreifen und Fußgängerüberwegen sowie der Bau einer Ampelanlage an der Kreuzung Richterstraße / Ecke Bruno-Taut-Straße können auch so realisiert werden. Einzig der geplante Fußgängerüberweg Am Falkenberg

muss ein paar Meter weiter nach außerhalb des Kreisels verschoben werden.

Der Einwohnerantrag Bohnsdorfer Kreisel wurde von der BVV im Mai mit breiter Mehrheit beschlossen. Die VertreterInnen des Einwohnerantrags, die über 4.000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt hatten,

sind über diese Entscheidung sehr glücklich.

„Es kann so einfach sein“, fasst Ralf Thies, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Initiator der nun gefundenen Lösung den Prozess zusammen. „Natürlich muss ganz viel an Arbeiten erfolgen, aber es ist nicht die erste bauliche Maßnahme dort und genau wie bisher ist auch diese kein Grund für einen neuen Richtungsverkehr. Die gut 4.000 UnterzeichnerInnen des Einwohnerantrages wissen genau, was sie wollen: Die bewährte Verkehrsführung und natürlich neue und gute Lösungen für die Busse, den Radverkehr, die Überwege und Ampelanlagen. Das passt so zusammen und wir müssen nun mit den EinwohnerInnen die Verkehrslenkung Berlin überzeugen, die Anordnung des Zweirichtungsverkehrs zurückzunehmen.“

SCHULBAU IN ADLERSHOF NIMMT GESTALT AN

Ellen Haußdörfer, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion kann sich freuen: „Endlich nimmt der Schulbau in Adlershof Gestalt an.“ Im Sozialraum Adlershof und Altglienicke nimmt der Bedarf an Grund- und Oberschulplätzen rasant zu, die SchülerInnenzahlen steigen. Die räumlichen Reserven an umliegenden Schulen sind erschöpft, sodass ein Schulneubau dringend erforderlich ist. Mit dem Beschluss des Bezirksamtes und der Anmeldung in der Investitionsplanung des Bezirkes wird hierfür der Grundstein gelegt, dass zukünftig ein Neubau Entlastung schafft und ein moderner Neubau errichtet werden kann. Die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule sowie eine inhaltliche Anbindung an den Wissenschafts- und Technologiestandort Adlershof ist erwünscht und wird durch die SPD-Fraktion positiv begleitet.